

NIEDERSCHRIFT
der Sitzung der staatlichen/städtischen Deputation für Inneres
am Donnerstag, 7. April 2016

Feuerwache 1, Am Wandrahm 24, Großer Besprechungsraum, 28195 Bremen)
- 11. Sitzung in der 19. Legislaturperiode -

Staatliche/Städtische Deputation für Inneres

1. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

2. Genehmigung der Niederschrift

Beschluss:

Die Niederschrift wird ohne Änderungen genehmigt.

3. Haushalt 2016/2017

Senator Mäurer erläutert, dass der konsumtive Haushalt nach den letzten Entscheidungen im Senat die Abdeckung der angemeldeten Mehrbedarfe (rd. 6,8 Mio. € p.a.) enthält, so dass er sich auf dem Niveau der Ist-Ausgaben des Jahres 2015 bewegt. Im investiven Haushalt sind neben den Ersatzinvestitionen die Sondermittel zur Terrorismusbekämpfung, zur Schutzausstattung Polizei, Planungsmittel für das Brandschutzkonzept und das Gerätehaus der FFW Farge und die Fertigstellung Lehesterdeich enthalten (insg. 9 Mio. € bzw. 7,8 Mio. €). Bei den Personalzielzahlen sind die Polizei, die Feuerwehr und der Verfassungsschutz von PEP-Einsparungen ausgenommen.

Die Personalzielzahl der Polizei wurde erhöht. Allerdings müssen von der in der Koalitionsvereinbarung enthaltenen Zielzahl von 2.540 VZE rd. 70 VZE durch andere Maßnahmen finanziert werden. Dies wird von den Oppositionsparteien aufgegriffen und kritisiert. Senator Mäurer erläutert verschiedene Maßnahmen zur Gegenfinanzierung. Für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven wurde eine Zielzahl von 474 VZE festgelegt, die über die konsumtive Zuweisung finanziert ist.

Der Haushaltsanschlag ist in Einnahme und Ausgabe gegenüber 2015 deutlich erhöht, da der Rettungsdienst jetzt nicht mehr als Ausnahme vom Bruttoprinzip, sondern in Einnahme und Ausgabe vollständig veranschlagt ist. Im zentralen IT-Haushalt (Produktplan 96) sind die Mehrbedarfe für die Migration der Fachverfahren zu Dataport und der Einführung des Polizei-PC enthalten. Hierzu ergeht eine Berichtsbite der Partei DIE GRÜNEN. SI (Frau Odenkirchen) stellt dar, dass die Produktgruppenstruktur verschlankt worden und somit übersichtlicher ist. Gleichwohl führt dies in Einzelfällen dazu, dass der periodische Vergleich erschwert wird. Einzelfragen werden erläutert.

Beschluss:

Die Deputation für Inneres nimmt Kenntnis von dem Entwurf des Haushaltes 2016/2017 für den Produktplan 07 „Inneres“. Die Deputation für Inneres bestätigt mit den Stimmen der Koalition, dass das Ressort alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft hat und diese ausgeschöpft sind (Art. 131a LV).

4. Produktgruppencontrolling 13/2015

Beschluss:

Die Deputation für Inneres nimmt Kenntnis vom Controllingbericht 13/2015 des Produktplanes 07 „Inneres“.

5. Gesetz über die Bestätigung der Vereinbarung über die Zusammenarbeit beim Aufruf und Einsatz der Personenauskunftsstelle Niedersachsen/ Bremen zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Bremen

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt die Kooperationsvereinbarung zur Kenntnis und stimmt dem Gesetzesentwurf zu. Sie bittet den Senator für Inneres, ihn über den Senat einzubringen.

6. Bericht über die Ergebnisse des Konzeptes „Optimierung der Verkehrsüberwachung“

Beschluss:

Die Deputation für Inneres nimmt den Bericht zum Konzept „Optimierung der Verkehrsüberwachung“ zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1 Deputationsreise nach Berlin (Vorschlag durch den Vors. Herrn Hinners)

Beschluss:

Die Geschäftsstelle wird gebeten, eine Deputationsreise nach Berlin zu konzipieren. Im Mittelpunkt der Reise soll die Befassung mit „Möglichkeiten der Polizei- und Personalorganisation in einem Stadtstaat“ stehen.

Staatliche Deputation für Inneres

1. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

2. Genehmigung der Niederschrift – entfällt -

./.

3. Bildung Bürgerversammlung Grolland (SPD)

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Berichtsbitte „Umstände des Schusswaffeneinsatzes durch mutmaßlichen SEK-Beamten in der Nacht des 4./5. März 2016 und weiteres

Vorgehen der Polizei und des Innenressorts (DIE LINKE)

Beschluss:

Der Abgeordnete Wesemann bat um Bericht zum Schusswaffeneinsatz des o.a. Anlass und hinterfragt die Krankmeldungen eingesetzter Polizeivollzugsbeamter nach dem Einsatz ihrer Waffe wegen posttraumatischer Belastungen. Unverständlich sei dies da, anders als in Fällen in denen Zivilpersonen Schüsse abgeben würden, geradezu darauf gedrängt würde, dass die Schützen anschließend möglichst schnell eine Aussage dazu machen.

Seit 2005 kam es im Land Bremen zu drei Schusswaffeneinsätzen gegen Personen. SI (Herr Pleister) erörtert, dass es regelmäßig gelingt, die Einsatzsituation polizeilichen Schusswaffengebrauchs zu rekonstruieren. Generell ist festzustellen, dass jeder Schusswaffeneinsatz gegen Personen für Polizeibeamte eine Ausnahmesituation darstellt. Dies führt bei den Beamten, die in dieser Situation handeln müssen, durchweg zu erheblichen psychischen Belastungen. Gegen Beamte, die von der Schusswaffe gegen Personen Gebrauch gemacht haben, wird in jedem Fall ein Strafverfahren eröffnet. Die betroffenen Beamten haben dabei den Status eines Beschuldigten. Nach der Strafprozessordnung steht es ihnen frei, sich zu äußern, d.h. es besteht keine Aussageverpflichtung. In der Praxis lassen sich die Beamten allein wegen der Schwere der Anschuldigung regelmäßig rechtsanwaltlich vertreten. Dabei beantragen die Rechtsanwälte zunächst Akteneinsicht, bevor sich die Beamten äußern. Daraus ergibt sich ohnehin eine gewisse Zeitspanne, bis eine Vernehmung durchgeführt werden kann. In der Polizei Bremen ist die Betreuung von Polizeibeamtinnen und -beamten nach dienstlichem Schusswaffengebrauch in der „Richtlinie über die Betreuung von Bediensteten der Polizei Bremen nach Einsätzen mit gravierenden Folgen“ (Stand: Juni 2007) geregelt. Senator Mäurer protestiert gegen die suggestive Grundfragestellung. Die Vertreter aller Fraktionen schließen sich dem Protest an.

5. Berichtsbitte Aussetzung der Ausreisepflicht (CDU) -ausgesetzt-

Beschluss:

./.

6. Anzahl und Dauer von Duldungen im Land Bremen (DIE LINKE)

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

7. Abschlussbericht über die Kosten der Bürgerschafts- und Beirätewahl 2015

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

8. Offene Beratungspunkte

Beschluss:

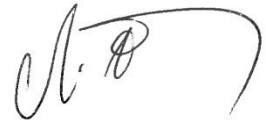
Die Auflistung wird zur Kenntnis genommen.

9. Verschiedenes

Die Berichtsbitte zum Einsatz der „Clanuseinandersetzung“ und die unmittelbare Berichterstattung bei Radio Bremen anlässlich von Durchsuchungen in diesem Zusammenhang, wird durch den Polizeipräsidenten beantwortet.



Hinners
- Vorsitzender -



Roth
- Protokollführer -